

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Eine wirksame Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge**

In den vergangenen Jahren haben Bund und Länder mit verschiedenen Altfall- und Bleiberechtsregelungen versucht, langjährig geduldeten Menschen Aufenthaltserlaubnisse in Deutschland zu erteilen. Das Land Bremen hat zudem seit 2007 weitere Anläufe unternommen, sogenannte Kettenduldungen durch das Ausschöpfen landeseigener Ermessensspielräume konsequent abzubauen, sodass die Zahl der im Jahr 2003 in Bremen lebenden 3 898 geduldeten Menschen auf fast die Hälfte im Juni 2011 reduziert werden konnte (2 021 Geduldete). Dennoch gibt es nach wie vor eine große Gruppe an Menschen, an denen diese Regelungen vorbeigehen. Die zurzeit geltende gesetzliche Bleiberechtsregelung läuft am 31. Dezember 2011 aus.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weiterhin die Ermessensspielräume Bremens zum Abbau der verbliebenen Kettenduldungen mit dem Ziel auszuschöpfen, einen vollständigen Verzicht auf Kettenduldungen zu erreichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auch weiterhin für eine wirksame und stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz einzusetzen, die unter anderem

- a) eine deutliche Senkung des Betrags zur eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes vorsieht und
- b) insbesondere Personen in hohem Alter, mit körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheiten einbezieht.

Weiterhin fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, dass Bremen sich in der Innenministerkonferenz im Dezember 2011 für eine Übergangslösung für diejenigen einsetzt, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe haben und die Voraussetzungen zum 1. Januar 2012 nicht erfüllen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Deputation für Inneres und Sport binnen drei Monaten nach Beschlussfassung über seine Bemühungen zu berichten.

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Valentina Tuchel, Sükrü Senkal,
Björn Tschöpe und Fraktion SPD